

**Sitzungsvorlage**  
**Antrag**

Nr.: 2011/015

**Antrag der Gruppe X vom 23.01.2011: Grundsatzerklärung des KT Lüchow - Dannenberg anlässlich des Besuchs des Herrn Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen in der Kreistagssitzung des Landkreises Lüchow - Dannenberg am 14.02.2011**

|                |            |            |
|----------------|------------|------------|
| Kreisausschuss | 07.02.2011 | <b>TOP</b> |
| Kreistag       | 14.02.2011 | <b>TOP</b> |

*Eingang per Mail am 23.01.2011, 19:40 Uhr:*

Sehr geehrter Herr Landrat Jürgen Schulz,  
Sehr geehrte Frau Korth,

hiermit beantrage ich für die Gruppe X im Kreistag Lüchow - Dannenberg für die

KA - Sitzung am 07.02.2011  
und die  
KT - Sitzung am 14.02.2011

den TOP " Grundsatzerklärung des KT Lüchow - Dannenberg anlässlich des Besuchs des Herrn Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen in der Kreistagssitzung des Landkreises Lüchow - Dannenberg am 14.02.2011".

Einen Beschlussvorschlag sowie ausführliche Begründung habe ich dem Antrag beigelegt und zusätzlich dieser mail als Datei angehängt:

Antrag der Gruppe X:

TOP für die KT – Sitzung am 14.02.2011 „Grundsatzerklärung des KT Lüchow-Dannenberg anlässlich des Besuches des Herrn Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen in der Kreistagssitzung des Landkreises Lüchow – Dannenberg am 14.02.2011“

**Beschlussvorschlag:**

**Wir danken für den Besuch des Herren Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen anlässlich der KT - Sitzung am 14.02.2011. Gleichzeitig lehnen wir aus den in der Begründung dieses Beschlusses ausgeführten Gründen und unter Verweis auf die von uns bereits gefassten Beschlüsse und Begründungen alle durch den Minister Dr. Röttgen bis jetzt unterbreiteten Angebote ab.**

Begründung:

I. Ausgangssituation:

Nach 33 Jahren Erfahrungen im Umgang mit der angeblich ergebnisoffenen "Untersuchung" des Salzstockes Gorleben durch Bundes- und Landesregierungen und nach mehr als einem Jahr Erfahrungen mit Herrn Minister Dr. Röttgen lehnen wir alle seine Angebote ab.

Herr Dr. Röttgen hat dem Landkreis weitgehende Mitbestimmungsrechte über das weitere

Vorgehen rund um den Salzstock Gorleben angeboten. Angeblich sollen wir mitbestimmen können, wie das weitere "Prüfungsverfahren" rund um die "vorläufige Sicherheitsanalyse" und das sich anschließende "peer review" gestaltet werden kann.

Er hat uns ferner weitgehende Informationsrechte und neue Informationsmöglichkeiten und -strukturen in Lüchow-Dannenberg angeboten.

## II. Geologische Nichteignung:

Die Liste der geologischen Mängel des Salzstockes Gorleben ist über die Jahre lang und länger geworden. Die natürliche Barriere Deckgebirge fehlt. Laugeneinschlüsse, Wasserwegsamkeiten, die Gorlebener Rinne, der Anhydrit und die Befunde zu Gasvorkommen im und unter dem Salzstock sprechen gegen die Eignung des Salzstockes Gorleben für ein Endlager.

Wir wissen inzwischen sicher, daß der Salzstock Gorleben nicht aus geologischer Sicht ausgewählt wurde. Selbst Studien der BGR belegen, daß die Eignung von Gorleben als stark eingeschränkt gesehen wurde und viele andere Salzstöcke als weit geeigneter eingestuft wurden.

Begriffe wie "Eignungshöflichkeit" und "einschlusswirksamer Gebirgsbereich" dienen einzig und allein dem Ziel, trotz aller negativen Untersuchungsergebnisse, den Atommüll in Gorleben dennoch einlagern zu können. Alle vorher bekannten Eignungskriterien wurden verworfen und das Einlagerungskonzept wurde je nach Notwendigkeit den geologischen Sicherheitsbedenken ständig nachträglich angepasst.

## III. Undemokratisches Verfahren bis heute:

Nach dem Antrag auf Planfeststellung für den Bau eines Endlagers im Gorlebener Salzstock wurden bewusst durch Anwendung des Bergrechtes die Beteiligungsrechte der Bevölkerung ausgeschlossen, die bei der Planung nach Atomgesetz obligatorisch gewesen wären.

Das demokratische und rechtliche Defizit bei der Auswahl des Standortes bis heute ist in der Schlussphase der sogenannten Erkundung nicht zu heilen. Allein im letzten Jahr wurde einerseits das Bergrecht genutzt um jahrzehntealte Planungen im Bergwerk weiter zu realisieren. Andererseits ändert die Bundesregierung das Atomgesetz um Enteignungen bei der angeblichen Untersuchung durchzusetzen.

Wir haben von Beginn der Auseinandersetzung an erklärt, dass eine Erkundung nicht ergebnisoffen ist, die von vornherein als aufwendiger, überdimensionierter und teurer Ausbau des Endlager-Bergwerkes angelegt ist und keine parallelen Untersuchungsorte aufweist.

Alle o.g. Verfahrensweisen der Bundesregierungen und ihrer angeschlossenen Organisationen wurden bewußt ohne die notwendige gesetzliche Grundlage eines "Endlagersuchgesetzes" vollzogen.

## IV. Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung:

Ein gutes Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist mit dem Festhalten an Gorleben im Wendland nicht möglich.

In Gorleben haben gewaltfreie und große Bürgerproteste über Jahrzehnte die Konsequenz gehabt, dass der jeweils nächste Polizeieinsatz immer größer und härter wurde. Wenn über weit mehr als drei Jahrzehnte fehlende Akzeptanz nicht durch eine andere Politik, sondern mit unverhältnismässigen Polizeieinsätzen beantwortet wird, lässt sich dies bestimmt nicht

mit einem Angebot "zur gläsernen Erkundung", einem "Dialog" auf den letzten Metern und einem Versprechen auf Partizipation und auf angeblich unbegrenzte Information heilen.

Alle Anzeichen, viele Dokumente aus 33 Jahren und besonders die bisherigen Ergebnisse der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse Gorleben und Asse sprechen dafür, dass in Gorleben nach wie vor ein Endlager für hochaktiven wärmeentwickelnden Müll durchgesetzt und gebaut wird.

Die Politik des Bundesministers Dr. Röttgen und insbesondere seine Verantwortung, die Arbeit des "Forums Endlagerdialog" zu beenden, welches sich beispielhaft um eine bundesweite Übersicht und Neudefinition der Atommülllagerfrage mit vielen Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland kümmerte, zeigt eindeutig, dass ein neues Nachdenken über ungelöste Fragen von der Bundesregierung nicht erwünscht ist.

#### V. Unsere Forderungen und unser Angebot:

Wir Politiker des Landkreises Lüchow-Dannenberg lehnen einen Dialog ab, der im Jahre 2011 die Fortsetzung des 1977 allein aus politischen Gründen eingeschlagenen Weges zur Durchsetzung Gorlebens nur vortäuscht.

Wir sehen das Ende des Standortes Gorleben als Voraussetzung für den Neubeginn eines verantwortlichen Vorgehens in der ungelösten Atommüllfrage an.

Ein verantwortliches und in erster Linie an Sicherheit orientiertes Vorgehen beginnt für uns zudem mit dem Ende der Atommüllproduktion. Deshalb fordern wir eine Rücknahme der Laufzeitenverlängerung und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft.

Für eine neue nationale und dem Problem angemessene Debatte haben wir folgende Forderungen und bieten unser Fachwissen an:

##### 1. Statusbestimmung zum Thema Atommüllendlager:

In dem Chaos der Handlungsstränge der einzelnen Ministerien, der Vergabe von Forschungsgeldern, der Rolle und Einflussphäre der Organisationen der Atomindustrie sowie der gesetzlichen Handwerkszeuge ist eine transparente und den Tatsachen entsprechende Übersicht zu schaffen.

Alle Entscheidungen, die seit Beginn der Endlagervorbereitungen in Deutschland getroffen worden sind, müssen entsprechend des heutigen Wissensstandes und den gewonnenen Erfahrung überprüft und ggfs. neu getroffen werden.

Dazu gehören insbesondere:

- a. die sehr frühe Festlegung auf Salz als Wirtsgestein,
- b. die Entscheidung gegen und für Rückholbarkeit,
- c. die Entscheidung nicht ein- sondern ein Zweistandortkonzept zu verfolgen und
- d. der Verzicht auf eine systematische vergleichende Endlagersuche an mehreren Standorten und in verschiedenen Wirtsgesteinen.

In einem ersten Schritt ist der Sofortvollzug zum Weiterbau des Endlagers in Gorleben aufzuheben und die Enteignungsparagraphen in der letzten Atomgesetznovelle zu streichen.

##### 2. Die Verwertung der Erkenntnisse aus den PUAen Asse und Gorleben:

Eine Voraussetzung für einen Neuanfang ist, dass die Arbeit der Untersuchungsausschüsse zur Asse und zu Gorleben abgeschlossen wird, die Berichte vorliegen und die Erkenntnisse und Entscheidungsfindungen dieser Ausschüsse nachvollziehbar sind. Diese Ausschüsse können einen Teil der Grundlage für das weitere Vorgehen liefern.

### 3. Weiterarbeit an den Ergebnissen des AK Endlagerung:

Die Empfehlungen des Arbeitskreises Endlager müssen auf der Grundlage der Ergebnisse der Punkte 1-2 überprüft werden.

### 4. Neue nationale Atommüllstrategie:

Über die Anlage dieses Prozesses, die Instrumente und Regeln zur Durchführung einer nationalen Debatte zur Neubestimmung der Atommüllstrategie werden zwischen Bundesregierung, Parlament, nationalen und regionalen Teilhabern und Interessengruppen (Stakeholder) transparente Verfahren vereinbart und verbindliche Instrumente und Regeln festgelegt.

Für eine Eingangsbestätigung sowie die Annahme des Antrages wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Julia E. Herbst

**Stellungnahme der Verwaltung:** erfolgt ggf. mündlich

**Anlagen:** keine

**Finanzielle Auswirkungen:** k.A.